

10

Gründe, warum die
Kriminalisierung
von HIV-Infektionen
Frauen schadet

Copyright © 2009 ATHENA Network. Alle Rechte vorbehalten.

Für die vorliegende deutsche Bearbeitung vom Dezember 2010 der „10 Reasons Why Criminalization of HIV Exposure or Transmission Harms Women“ ist Harriet Langanke von der Gemeinnützigen Stiftung Sexualität und Gesundheit (GSSG) verantwortlich. Das Dokument wurde für das bundesweite Netzwerk Frauen und Aids erstellt und mit Fördergeldern der Deutschen Aids-Hilfe gedruckt. Das AIDS Legal Network (ALN), Dr. Johanna Kehler, hat diese Fassung autorisiert.

**Um das Dokument zu unterstützen und für weitere Informationen
wenden Sie sich an:**

ATHENA Network: www.athenanetwork.org

AIDS Legal Network: www.aln.org.za

ARASA: www.arasa.info

GSSG: www.stiftung-gssg.org

10 GRÜNDE

Im Dezember 2009 unterzeichnete die Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit

(GSSG) die „10 Reasons Why Criminalization of HIV Exposure or Transmission Harms Women“, ein Dokument, das von Frauen aus vielen verschiedenen Ländern im internationalen Athena-Netzwerk gemeinsam unter der Federführung des AIDS Legal Networks (ALN) aus Südafrika formuliert wurde. Bis zur 18. Internationalen Aids-Konferenz im Juli 2010 in Wien hatten es bereits mehrere hundert Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet. Um die auch in Deutschland geführte Diskussion zur Kriminalisierung von HIV-Infektionen bereichern zu können, legt die GSSG im Dezember 2010 eine vom ALN autorisierte, deutsche Bearbeitung des Dokuments vor.

10 Gründe, warum die Kriminalisierung von HIV-Infektionen¹ Frauen schadet

Un längst wurden in Teilen Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und der Karibik mehr und mehr neue Gesetze erlassen, die HIV-Infektionen kriminalisieren. In Europa und Nordamerika werden bestehende Strafgesetze ausgeweitet, um mögliche und tatsächliche HIV-Infektionen bestrafen zu können. Manche Gesetze verlangen zudem obligatorische HIV-Tests für schwangere Frauen. Deren Ergebnis soll – auch ohne Einverständnis der Betroffenen – dem jeweiligen

¹ Der Originaltext spricht von „HIV exposure“ (Risiko einer Ansteckung mit HIV) und „HIV transmission“ (Übertragung von HIV); beides wird durch neu erlassene Gesetze strafbar („kriminalisiert“).

10 GRÜNDE

Partner mitgeteilt werden können. Ein Vorgehen, das die Folgen einer solchen Gesetzgebung für Frauen noch erschwert. Manche dieser neuen Gesetze verstehen sich als Reaktion auf die wachsende Ausbreitung von HIV in einigen Ländern und auf das Versagen bisheriger HIV-Prävention. Solche Umstände geben berechtigten Anlass zur Sorge und erfordern rasches Handeln. Oft ist die strafrechtliche Verfolgung von HIV-Infektionen gut gemeint und will gerade Frauen schützen. Genaue Betrachtungen zeigen jedoch, dass Kriminalisierung keine neuen HIV-Infektionen verhindern kann und auch Frauen nicht nützt. Tatsächlich schützt eine Kriminalisierung von HIV-Infektionen Frauen nicht, sondern schadet ihnen. Sie wirkt sich außerdem negativ auf den öffentlichen Umgang mit

Gesundheit und auf den Schutz der Menschenrechte aus.

10 Gründe, die gegen die Kriminalisierung von HIV-Infektionen sprechen.

Veröffentlicht wurde dieses Dokument von einem breiten Bündnis von Organisationen, die sich den Themen HIV/Aids, Menschen- und Frauenrechte widmen. Dieses Dokument nennt zehn Gründe, warum die Kriminalisierung von tatsächlichen und möglichen HIV-Infektionen generell eine ungerechte und ineffektive Politik ist. Für einen dieser zehn Gründe legt das Dokument außerdem detailliert dar, warum die strafrechtliche Verfolgung von HIV-Infektionen mitnichten die Rechte der Frauen stärkt, sondern vielmehr eine Gefahr für sie darstellt und sie weiter unter Druck setzt.

10 GRÜNDE

Die strafrechtliche Verfolgung von HIV-Infektionen hilft keineswegs gegen eine sich ausbreitende Gewalt an Frauen oder gegen die tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheiten, in denen die Ursachen dafür wurzeln, dass Frauen und Mädchen weltweit ein größeres Risiko tragen, sich mit HIV zu infizieren. Die zehn nachfolgenden Gründe zeigen, dass eine Kriminalisierung Gewalt an

und Misshandlungen von Frauen eher fördert. Kriminalisierung verstärkt ohnehin bestehende Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern in der Gesundheitspolitik und in den Familien. Sie schürt Angst und Stigmatisierung. Sie vergrößert die Gefahr für Frauen, sich mit HIV anzustecken, und birgt das Risiko, ihre Rechte in Bezug auf HIV zu verletzen. Sie lässt weitere negative Folgen für Frauen befürchten.

1

Frauen werden davon abgehalten, Prävention, Behandlung und Hilfsangebote einschließlich HIV-Tests in Anspruch zu nehmen:

Viele Frauen haben Angst vor Gewalt und Zurückweisung, wenn ihr HIV-positives Testergebnis bekannt wird. Werden Frauen wegen einer HIV-Infektion auch noch kriminalisiert, so kann das die Gesundheitsversorgung für Frauen verschlechtern. Stigmatisierung, Diskriminierung und der fehlende vertrauliche Umgang mit positiven Diagnosen behindern bereits die HIV-Prävention und die Bereitschaft zum HIV-Test. Die Angst vor einem positiven Testergebnis und der

10 GRÜNDE

damit möglichen strafrechtlichen Verfolgung hält schwangere Frauen davon ab, Vorsorgeangebote in Anspruch zu nehmen.

Die Kriminalisierung von HIV-Risiken untergräbt die Wirksamkeit von Angeboten, die der Kindesgesundheit dienen und die die vertikale HIV-Übertragung verhindern, weil die Frauen diese aus Angst vor Diskriminierung nicht wahrnehmen. So werden Frauen davon abgehalten, verfügbare Therapien und Hilfen für sich und ihre Kinder in Anspruch zu nehmen.



Frauen werden eher für die HIV-Infektionen verantwortlich gemacht:

Frauen mit HIV kennen ihren positiven HIV-Status meist früher als Männer. Denn in den meisten Ländern sind sie es, denen bei einer Schwangerschaft zum HIV-Test geraten wird. So kommt es, dass vor allem Frauen von MitarbeiterInnen in Gesundheitseinrichtungen, von ihren Partnern, von der Familie ihres Partners und von der Gesellschaft dafür verantwortlich gemacht werden, „HIV ins Haus“ gebracht zu haben.

Aus solchen Vorwürfen und Stigmatisierungen können Vertreibung, Ächtung sowie der Verlust von Eigentum, Erbschaften und des Sorgerechts für die Kinder resultieren. Gesetze, die HIV-Infektionen kriminalisieren, schaffen nur ein weiteres Instrument zur Unter-

10 GRÜNDE

drückung von Frauen. Denn bei Scheidungen und Erbschaftsangelegenheiten spielt die Frage nach der Schuld vielerorts noch immer eine wichtige Rolle vor Gericht und in der öffentlichen Meinung.

3 *Frauen haben ein größeres Risiko, wegen ihrer HIV-Infektion Opfer von Gewalt und Missbrauch zu werden:*

Gewalt vergrößert das Risiko einer HIV-Infektion für Frauen. Eine HIV-positive Diagnose erhöht aber auch das Risiko, Gewalt zu erfahren. Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass junge Frauen mit HIV zehnmals mehr Gewalt und Missbrauch erfahren als gleichaltrige Frauen ohne HIV. Es mehren sich auch Berichte über Frauen, die von ihren Partnern umgebracht wurden, weil sie „HIV in die Familie gebracht haben“. Kriminalisierungen von HIV-Infektionen fördern Gewalt, Verfolgung und Missbrauch von HIV-positiven Frauen. Um einer Strafverfolgung zu entgehen, könnten Frauen sich genötigt sehen, ihre HIV-Infektion mitzuteilen. Doch dann müssen sie fürchten, von ihren Partnern und Familien misshandelt zu werden.

4 *Die strafrechtliche Verfolgung von HIV-Infektionen schützt Frauen nicht vor Nötigung oder Gewalt :*

Sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung, auch in der Ehe, setzen Frauen überall auf der Welt einem hohen Risiko aus, mit HIV infiziert zu werden. Gesetze gegen sexuelle Gewalt – wo sie denn existieren –

10 GRÜNDE

werden oft nur mangelhaft durchgesetzt. Die medizinischen Maßnahmen, mit denen die Opfer von sexueller Gewalt vor ungewollter Schwangerschaft und HIV geschützt werden könnten, sind oft nicht erhältlich. Das gilt sowohl für die „Pille danach“ zum Schutz vor einer ungewollten Schwangerschaft wie auch für die Post-Expositions-Prophylaxe (PEP) zum Schutz vor HIV. Kriminalisierung von HIV-Infektionen schützt Frauen weder vor sexualisierter Gewalt oder Vergewaltigung, noch vor ungewollter Schwangerschaft. Stattdessen erhöht sich die Gefahr einer sekundären Kriminalisierung. Denn HIV-positive Vergewaltigungsopfer könnten sogar für das von ihnen ausgehende HIV-Risiko haftbar gemacht werden.

5

Das Recht von Frauen, über ihre Sexualität und Fortpflanzung zu bestimmen, wird eingeschränkt:

Patriarchalisch geprägte Gesellschaften hindern viele Frauen daran, selbstbestimmte Entscheidungen für ihre Sexualität oder Fortpflanzung zu treffen. Daher sind Frauen oftmals nicht in der Lage, über ihre sexuellen Aktivitäten zu verhandeln – weder im Hinblick auf ihre Bereitschaft zu Sex noch im Hinblick auf den Einsatz von Kondomen.

Frauen haben oft nur begrenzt Zugang zu unvoreingenommenen Informationen über sexuelle Gesundheit und Rechte. Eine Kriminalisierung von HIV-Infektionen hindert Frauen zusätzlich daran, frei

8

10 Gründe, warum die Kriminalisierung von HIV-Infektionen Frauen schadet

10 GRÜNDE

zu entscheiden, ob, wie, wann und mit wem sie Sex haben oder ob sie Kinder haben wollen – denn sie würden für eine HIV-Infektion des Kindes oder des Partners verantwortlich gemacht. Kriminalisierung behindert so Maßnahmen für sexuelle und reproduktive Gesundheit und schränkt die Rechte von Frauen mit HIV ein.



Frauen werden eher strafrechtlich verfolgt:

Das Wissen um den eigenen positiven HIV-Status ist oft ein wesentlicher Bestandteil der Strafrechtsverfolgung. Da Frauen meist eher über ihren HIV-Status Bescheid wissen als Männer, können sie auch eher wegen HIV strafrechtlich verfolgt werden. Gleichzeitig haben Frauen seltener die Möglichkeit, rechtlichen Beistand in Anspruch zu nehmen. Dadurch reduzieren sich ihre Chancen auf eine faire Verhandlung. Die Beweislast und eine voreingenommene Auslegung der Gesetze erhöhen die Risiken für Frauen, wegen einer HIV-Infektion verfolgt, belangt oder verurteilt zu werden.



Manche Frauen könnten für vertikale HIV-Infektionen strafrechtlich verfolgt werden:

Manche Gesetze sind so weit gefasst, dass sie HIV-Infektionen auch dann kriminalisieren, wenn die Ansteckung durch Schwangerschaft oder Stillen erfolgt. Für Millionen von Frauen mit HIV, denen der Zugang zu Familienplanung und reproduktiver Gesundheit oder zu

10 GRÜNDE

Medikamenten zum Schutz vor einer vertikalen Übertragung verwehrt bleibt, würde eine gewollte oder ungewollte Schwangerschaft damit zu einer Straftat. Zudem bleibt das Stillen in vielen armen Verhältnissen die beste Möglichkeit, das Kind überlebensfähig und gesund zu halten – trotz des Risikos einer HIV-Übertragung.

Es gibt viele Möglichkeiten, Babys vor einer HIV-Infektion zu schützen. Zunächst muss das Recht von Frauen auf eine fundierte Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft gestärkt werden. Dazu benötigen sie Informationen über Sexualität und Fortpflanzung. Und natürlich Aufklärung und Schutz vor HIV-Infektionen für sich selbst. Auch Schutz vor ungewollter Schwangerschaft für alle Frauen ist wichtig. HIV-positiven Schwangeren oder HIV-positiven Frauen mit Kinderwunsch müssen Gesundheitsversorgung und wirksame Medikamente angeboten werden, um einer vertikalen HIV-Infektion vorbeugen zu können.



Frauen können sich noch weniger vor einer HIV-Infektion schützen :

Bereits vorhandene Einschränkungen für Frauen, wie der fehlende Zugang zu Informationen und Angeboten oder die unterschiedliche und ungerechte Behandlung der Geschlechter, verbinden sich mit der Angst vor Strafverfolgung. Ein schlechter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung limitiert den Zugang zu Informationen, Ressourcen und Leistungen für Frauen. Angst vor Strafverfolgung wird Frauen in

10 GRÜNDE

eine noch schlechtere Lage versetzen, so dass sie über sexuelle Bedingungen nicht verhandeln können. Denn auf Kondome zu bestehen, könnte als Beweis für das Wissen um eine HIV-Infektion ausgelegt werden.

9 *Die Frauen, die am meisten gefährdet und ausgegrenzt werden, sind auch am meisten betroffen:*

Gefährdete und ausgegrenzte Frauen, wie Sexarbeiterinnen, Drogennutzerinnen und Frauen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen, haben oft keinen angemessenen Zugang zu HIV-Prävention, Tests, Behandlung, Versorgung und anderen Hilfsdiensten – meist als Folge ihrer kriminalisierten Lebensumstände. Die Kriminalisierung von HIV-Infektionen stigmatisiert diese ohnehin bereits kriminalisierten Frauen noch mehr. Eine angedrohte doppelte Strafverfolgung wegen „kriminellen Verhaltens“ und dem Risiko einer HIV-Übertragung schafft ein weiteres Hindernis für eine gute Gesundheitsversorgung und andere Hilfsangebote.

10 *Die beste Antwort auf HIV sind Menschenrechte:*

Jetzt, mehr denn je, brauchen Menschenrechte eine größere Aufmerksamkeit, um der weltweiten HIV-Epidemie zu begegnen. Wird die Tatsache, dass jemand eine andere Person dem Risiko einer HIV-

10 GRÜNDE

Infektion oder -übertragung aussetzt, stets strafrechtlich verfolgt, so gefährdet dies die Menschenrechte, behindert öffentliche Gesundheitsversorgung und vergrößert Risiken und Gefahren speziell für Frauen.

Die Antwort auf HIV kann nicht sein, HIV-Infektionen oder das Risiko einer HIV-Infektion zu kriminalisieren! Die Menschenrechte schützen die Würde und die sexuellen Rechte aller Menschen. Sie schaffen die Bedingungen, unter denen alle Menschen freie und fundierte Entscheidungen für ihre Gesundheit und ihr Leben treffen können.

Zu diesen Bedingungen gehören:

- **das Recht auf uneingeschränkte Informationen über und Zugang zu HIV-Prävention sowie das Recht, fundierte Entscheidungen**

in intimen Angelegenheiten wie Sex, Sexualität und Schwangerschaft zu treffen;

- **die Freiheit von jeder Form von Gewalt, von Angriffen auf die körperliche Integrität, von Vergewaltigungen in der Ehe und von jeglicher Form sexueller Nötigung;**
- **der Schutz vor willkürlichen Verhaftungen, Festnahmen und Freiheitsstrafen durch Gesetze, die Sexarbeit, Drogengebrauch und gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisieren;**

10 GRÜNDE

- **der gleichberechtigte Zugang zu Eigentum und Erbschaften, so dass Frauen nicht durch den Tod ihres Ehepartners oder die Auflösung ihrer Ehe in Armut oder in ein noch größeres Risiko für eine HIV-Infektion geraten.**

Wenn all diese Bedingungen erfüllt sind, alle Menschen die gleiche Kontrolle über ihr Sexualeben haben und in der Lage sind, freie und fundierte Entscheidungen über jede Form der HIV-Prävention zu treffen, dann wird die Idee von der Kriminalisierung von HIV-Infektionen der Vergangenheit angehören.

10 GRÜNDE

„10 Gründe, warum die Kriminalisierung von HIV-Infektionen Frauen schadet“

wurden von Dr. Johanna Kehler AIDS Legal Network (ALN), Michaela Clayton, AIDS & Rights Alliance for Southern Africa (ARASA), und Tyler Crone, ATHENA Network, formuliert und unter der Schirmherrschaft und in Zusammenarbeit mit der ATHENA-Arbeitsgruppe „Criminalization and HIV – Implications for Women“ veröffentlicht. Außerdem haben an der Broschüre mitgearbeitet (die genannten Institutionen dienen nur zur Identifizierung):

Aziza Ahmed, Program on International Health and Human Rights, Harvard School of Public Health, USA

Laura Bisailon, University of Ottawa, Canada

Amandine Bollinger, Salamander Trust, UK

Maria de Bruyn, Ipas, USA

Dr. Lorena Di Giano, Argentine Network of People Living with HIV/AIDS, Argentina

Jennifer Gatsi, Namibia Women's Health Network, Namibia

Fiona Hale, Salamander Trust, UK

Coco Jervis, Treatment Action Group, USA

Ralf Jürgens, OSI Law and Health Initiative, Canada

Tamil Kendall, University of British Columbia, Canada, and Balance, A.C., Mexico

Abimbola Onigbanjo, Center for the Right to Health, Nigeria

Leah Auma Okeyo, World Pulse, Kenya

Elisa Slattery, Center for Reproductive Rights, USA

Lucy Stackpool-Moore, IPPF, UK

10 GRÜNDE

Marion Stevens, Health Systems Trust, South Africa

Martha Tholanah, Network of Zimbabwean Positive Women (NZPW+), Zimbabwe

Belinda Tima, UK

Dr. Alice Welbourn, Salamander Trust, UK

Die AutorInnen danken der Law and Health Initiative des Open Society Institute Public Health Program für ihre wertvolle und kontinuierliche Unterstützung bei der Entwicklung dieses Dokumentes.

Außerdem danken wir OXFAM International und dem Open Society Institute International Harm Reduction Development Program für ihre finanzielle Unterstützung. Obwohl es unmöglich ist, alle mit Namen

zu benennen, so möchten wir unsere Dankbarkeit an all die vielen mitwirkenden Menschen und Organisationen für ihre wertvollen Hinweise ausdrücken. Ein spezieller Dank gilt den SitzungsteilnehmerInnen in Kapstadt im Juli 2009, der virtuellen Southern African Konferenz mit den ARASA Mitgliedern im September 2009, dem Treffen in Moskau im Oktober 2009 und den Konsultationen in Wien im November 2009. Ebenfalls herzlichen Dank an Silvia Petretti und Sophie Strachan von Positively Women; Moono Nyambe von GNP+ und Cécile Kazatchkine und Sandra Chu vom Canadian HIV/AIDS Legal Network.

Folgende Organisationen unterstützen dieses Dokument:

